



Anlage 4

Drittbeauftragungs- und Mitbenutzungsvertrag

Zwischen

dem Kreis Heinsberg, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg, vertreten durch Herrn Landrat Pusch und Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor Nießen,

- nachfolgend "Kreis" genannt -

und

der hier:

- nachfolgend "Unternehmer" genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Präambel:

Der Kreis ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) und des Landesabfallgesetzes NRW (LAbfG) gemäß § 20 Abs. 1 KrWG verpflichtet, die in seinem Gebiet anfallenden und überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und aus anderen Herkunftsbereichen zu verwerten oder zu beseitigen.

Soweit der Kreis für einzelne Abfallarten keine eigenen Entsorgungsanlagen betreibt bzw. diese nach der jeweils geltenden Abfallentsorgungssatzung von der Entsorgung über die Entsorgungsanlagen des Kreises ausgeschlossen hat, kann er sich nach § 22 Abs. 1 KrWG insoweit Dritter bedienen, die entsprechende, für diese Abfallarten zugelassene Anlagen betreiben.

Darüber hinaus können verwertbare Abfallarten oder in Abfallgemischen enthaltene verwertbare Abfallfraktionen, für die zwar grundsätzlich eine Beseitigungsmöglichkeit bei den Entsorgungsanlagen des Kreises besteht, über diese beauftragten Dritten einer Verwertung zugeführt werden, um den abfallrechtlichen Verwertungsvorrang zu fördern.

Sofern der beauftragte Dritte im Rahmen seiner Anlagengenehmigung auch Abfälle zur Beseitigung, die dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegen, annimmt, sind diese wiederum dem Kreis vom beauftragten Unternehmer zu überlassen.

Der so beauftragte Unternehmer räumt dem Kreis zur Erfüllung seiner Entsorgungspflicht nach § 20 Abs. 1 KrWG insoweit ein Mitbenutzungsrecht an dessen Anlage ein.

Überlassungspflichtige Abfallerzeuger und Abfallbesitzer kommen ihrer Andienungspflicht nach § 17 Abs. 1 KrWG auch durch Überlassung ihrer Abfälle an der vom Unternehmer betriebenen Anlage nach, da dieser als Drittbeauftragter insoweit die öffentlich-rechtliche Entsorgungsaufgabe für den Kreis wahrnimmt.

§ 1 Gegenstand des Vertrages

Gegenstand des Vertrages ist die Beauftragung des Unternehmers mit der Annahme, Sortierung, Verwertung und/oder Beseitigung der ihm überlassenen Abfälle und die Mitbenutzung der unternehmereigenen oder einer vom Unternehmer verfügbaren Verwertungsanlage/Annahmestelle/eines Zwischenlagers für Abfälle durch den Kreis Heinsberg.

§ 2 Anlagengenehmigung

Mit Bescheid des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 30.04.1998 wurde der GEMES Organische Abfallentsorgung und Recycling GmbH die Genehmigung zur wesentlichen Änderung / zum Betrieb einer Kompostierungsanlage auf dem Grundstück Gemarkung Schöngleina, Flur 6, Flurstück 700/11 und Gemarkung Schöngleina, Flur 7, Flurstücke 704/6 und 704/13 erteilt.

Der ordnungsgemäße Betrieb der Anlage/des Zwischenlagers ist Aufgabe des Unternehmers. Der Unternehmer verpflichtet sich, im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages sämtliche Auflagen, Bedingungen und andere Nebenbestimmungen der v. g. Genehmigung sowie sämtliche geltenden Rechtsvorschriften zu beachten und einzuhalten.

§ 3 Abfallarten

Zur Annahme, Zwischenlagerung, Behandlung, Verwertung gelangen nur die in der Anlage zu diesem Vertrag, die Bestandteil dieses Vertrages ist, aufgeführten, nach der v. g. Genehmigung zugelassenen Abfallarten aus privaten Haushalten.

§ 4 Entsorgungsgebiet/Entsorgungspflicht

Der Unternehmer verpflichtet sich, die unter § 3 bezeichneten Abfälle, soweit sie im Kreis Heinsberg angefallen sind und die genehmigte Anlagenkapazität nicht übersteigen, anzunehmen, zu behandeln bzw. zwischenzulagern und einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung bzw. Beseitigung zuzuführen.

Die aus dem Kreis Heinsberg angenommenen Abfallmengen sind dem Kreis jährlich bis zum 15.02. des Folgejahres für das vorangegangene Jahr zu melden.

§ 5 Überwachung und Kontrolle

Vertreter des Kreises sowie seiner vorgesetzten Behörden haben nach vorheriger Absprache jederzeit das Recht, die Anlage zu betreten und zu überprüfen.

§ 6 Haftung, Schadenersatz

Der Unternehmer stellt den Kreis von allen Schäden und Schadenersatzansprüchen frei, die sich aus dem Betrieb der Anlage/des Zwischenlagers ergeben. Dies gilt insbesondere für Altlasten und notwendige Sanierungsmaßnahmen.

§ 7 Kostenregelung

Durch die Übernahme der in § 3 bezeichneten Abfälle durch den Unternehmer entstehen dem Kreis keine Kosten. Die Kostenregelung erfolgt ausschließlich zwischen dem Unternehmer und dessen Vertragspartner. Die jeweils maßgebenden Entgelte sind dem Kreis jährlich bis zum 15.01. des jeweiligen Jahres mitzuteilen.

§ 8 Vertragslaufzeit, Kündigung

Dieser Vertrag tritt am **01.01.2016** in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Mit In-Kraft-Treten dieses Vertrages treten alle bislang zwischen dem Kreis und dem Unternehmer geschlossenen Mitbenutzungsverträge außer Kraft.

Beide Vertragsparteien können den Vertrag mit einer Frist von 6 Monaten zum Jahresende kündigen.

Eine fristlose Kündigung durch den Kreis ist außerdem insbesondere möglich, wenn der Unternehmer den Auflagen des Genehmigungsbescheides nicht nachkommt oder den Betrieb der Anlage/des Zwischenlagers entgegen den einschlägigen Rechtsvorschriften durchführt oder der Unternehmer das Insolvenzverfahren beantragt.

Das Gleiche gilt, wenn die in § 2 bezeichnete Genehmigung abläuft, wesentlich geändert oder aufgehoben wird.

§ 9 Höhere Gewalt und anderes

Soweit und solange eine Partei durch Umstände oder Ereignisse, auf deren Eintritt sie keinen Einfluss hat oder deren Abwendung wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, wie z. B. Streik, Aussperrung, Versorgungsstörungen in Bezug auf Energie, Feuer, Maßnahmen von hoher Hand oder Ereignisse höherer Gewalt, an der Erfüllung dieses Vertrages gehindert ist, ruhen ihre Verpflichtungen.

Die Parteien werden bemüht sein, etwaige Störungen oder Unterbrechungen unverzüglich zu beheben. Der andere Vertragspartner ist von dem Eintritt einer der v. g. Störungen unverzüglich zu benachrichtigen, damit Abhilfemaßnahmen abgestimmt werden können.

§ 10 Loyalitätsklausel

Beim Abschluss dieses Vertrages können nicht alle Möglichkeiten, die sich aus der künftigen technischen oder wirtschaftlichen Entwicklung oder aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben können, vorausgesehen und erschöpfend geregelt werden.

Die Parteien sichern sich gegenseitig zu, gegebenenfalls künftige Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.

§ 11 Salvatorische Klausel

Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die Parteien sind gegenseitig verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Bestimmung zu ersetzen, mit der das gewollte Ergebnis am besten erreicht wird. Gleiches gilt für Lücken.

§ 12 Schlussbestimmungen

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden sind unwirksam. Gerichtsstand ist Heinsberg.

Heinsberg, den

Für den Unternehmer:

Für den Kreis Heinsberg:

Pusch
Landrat

Nießen
Ltd. Kreisrechtsdirektor